

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juni 2022

hauptstadt magazin



Berlin ist
Hochburg des
Streetdance!



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

erste Gespräche mit der Innensenatorin und den Finanzstaatssekretärinnen haben Übereinstimmungen unter anderem in Sachen Bekämpfung der Gewalt gegen Bedienstete und Verbesserung der Beihilfesituation gebracht. Der dbb berlin hat außerdem in beiden Begegnungen klar und deutlich die Voraussetzungen benannt, die für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Berliner Beamtinnen und Beamten erfüllt sein müssten.

Weitere wichtige Themen dieser Ausgabe sind der Fahrplan für die Verbeamtung der Berliner Lehrerinnen und Lehrer sowie wichtige Hinweise für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger über die Hinzuverdienstgrenze und eine etwaige Rückzahlungsverpflichtung.

Aus unseren Mitgliedsgewerkschaften ist zu vermelden, dass der alte und neue BSBD-Landesvorsitzende Thomas Goiny heißt. Der Landesgewerkschaftstag bestätigte ihn mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt.

Gute Nachrichten auch von der DPoLG Berlin: Vor dem Landesarbeitsgericht hat sie nämlich erreicht, dass Freischichten nicht zur Schmälerung der Urlaubstage führen dürfen.

Natürlich haben wir auch für diese Ausgabe wieder besonders interessante Berliner aufgesucht – und das gleich zwei Mal: Zum einen hat uns Björn Friese, ein Meister der Special Effects, ein wenig über seine Schultern schauen lassen, zum anderen waren wir Gast in der Flying Steps Academy, die auch Titelthema dieser Ausgabe ist. Beides ausgesprochen lesenswerte Beiträge!

In der Hoffnung, dass Sie das bestätigen können, wünscht viel Spaß beim Lesen

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Beamtenpolitik

Gespräch mit Innensenatorin Spranger	4
Meinungsaustausch mit Finanzstaatssekretärinnen	5
Fahrplan zur Lehrerverbeamtung steht	6
Hinweise für Versorgungsempfänger	7

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

BSBD-Landesgewerkschaftstag	8
Erfolgreiche DPoLG-Klage	9

Portrait

Björn Friese sorgt für Special Effects	10
--	----

Titelthema

Flying Steps Academy	12
----------------------	----

Unterhaltung

Preisausschreiben	14
-------------------	----

Rechtsextremisten

Bundesamt legt 2. Bericht vor	15
-------------------------------	----

Parkgebühren

Ausnahmeregelung beschlossen	15
------------------------------	----

Zum Schluss

Sirenenaufbau gestartet	16
Einig gegen Homophobie	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520. Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 19,

gültig ab 1.1.2022. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: Jakub Tryniszewski/Flying Steps Academy

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.

Gewalt gegen Beschäftigte darf nicht toleriert werden!

Das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ stand beim ersten offiziellen Gespräch des dbb berlin mit Innensenatorin Iris Spranger am 20. Mai 2022 ganz oben auf der Agenda. Beiden Seiten lehnten jede Art von Gewalt gegen Beschäftigte strikt ab und erörterten Maßnahmen zur wirksamen Eindämmung.

Frank Becker verwies in diesem Zusammenhang auf eine Betriebs- und Personalrätekonferenz des dbb berlin zu diesem Thema, die noch im August stattfinden wird. Darüber hinaus werde gegenwärtig im Hauptpersonalrat – unter Beteiligung des dbb berlin – an einer Dienstvereinbarung für das Land Berlin gearbeitet.

Weiteres Thema war die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Berliner Beamtinnen und Beamten, für die vom dbb berlin eine langfristige Übergangsphase und Sonderregelungen für die Vollzugskräfte erwartet werden. Außerdem müsse eine

solche Maßnahme von einer Anhebung der Besoldung auf Bundesniveau begleitet sein.

Darüber hinaus erbat dbb Landeschef Becker auch von der Innensenatorin dringend weitere schnelle IT-Unterstützung der Beihilfestelle.

Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny warnte schließlich vor einer Zuspitzung der Konkurrenzsituation zum Bund, wenn dieser die Polizeizulage als ruhegehaltfähig eingestuft. Schon jetzt gäbe es zahlreiche Abwerbungen von Kolleginnen und Kollegen von Justiz und Zoll. ■

Betriebs- und Personalrätekonferenz

Wider die Gewalt in Berlin!

Gewalt nimmt in erschreckender Weise in ganz Berlin zu. Auf Straßen und Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im häuslichen Bereich. Betroffen sind immer häufiger auch öffentliche Verwaltungen und Einrichtungen.

Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in zunehmendem Maße Beschimpfungen, Bedrohungen oder gar körperlicher Gewalt ausgesetzt, insbesondere in den Behörden und Ämtern, die in direktem Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern stehen. Der dbb berlin wird dieses Problem deshalb in den Mittelpunkt seiner nächsten Personal- und Betriebsrätekonferenz am 31. August 2022 stellen.

Der dbb berlin geht mit der Sensibilisierung und Schulung der Betriebs- und Personalräte einen weiteren Schritt in Sachen Gewaltprävention und -abwehr. Bereits im vergangenen Jahr hatte eine Initiative des dbb berlin zu einer gemeinsamen Grundsatzerklärung „Null Toleranz gegenüber Gewalt!“ des Senats, des dbb berlin und des DGB Berlin-Brandenburg geführt. Auch in seinen Gesprächen mit Senatsmitgliedern, Bezirksbürgermeister(inne)n und den Fraktionen im Abgeordnetenhaus hat der dbb berlin die ausufernde Gewalt immer wieder thematisiert.

Schon jetzt ist die für Ende August geplante Konferenz auf breite Zustimmung gestoßen: Zugesagt hat bereits die Regierende Bürgermeisterin Franziska

Giffey, die ein Grußwort an die Betriebs- und Personalräte richten wird.

Die Reihe der Sachvorträge wird die Vorsitzende des Hauptpersonalrates des Landes Berlin, Daniela Ortman, beginnen, die über den Stand der Dienstvereinbarung zwischen dem Land Berlin und dem Hauptpersonalrat berichten will.

Unter einem weiteren Programmpunkt wird Saskia Etzold von der Gewaltschutzambulanz der Charité einen Einblick in die Folgen und Spätfolgen gewaltbedingter Verletzungen geben.

Die Übergriffe gegen Menschen mit diverser sexueller Orientierung sind Thema des Vortrags von Bastian Funke vom schwulen Anti-Gewalt-Projekt MANEO.

Weitere Beiträge werden derzeit noch abgestimmt.

Der dbb berlin wird die Betriebs- und Personalräte nach der endgültigen Abstimmung des Programms zeitnah zu der Konferenz einladen. ■

Meinungsaustausch mit Finanzstaatssekretärinnen

Becker: Gleiches Recht muss auch für Besoldung gelten!

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat im Zusammenhang mit Überlegungen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Berliner Beamte klargestellt, dass eine solche Maßnahme ohne eine entsprechende Anhebung der Besoldung auf Bundesniveau inakzeptabel sei. Bei seinem Antrittsbesuch bei den Finanzstaatssekretärinnen Jana Borkamp und Barbro Dreher bedauerte Becker zudem, dass die Presseberichterstattung zu diesem Thema bereits für erhebliche Irritationen gesorgt habe, insbesondere was die vorgesehenen Staffelungen angehe.

Staatssekretärin Borkamp ließ dazu wissen, dass derzeit Erfahrungen anderer Bundesländer mit besonderen Staffelungen beziehungsweise Regelungen, insbesondere für die Vollzugskräfte, gesammelt würden. In dem jetzt vorgelegten Entwurf des Besoldungsanpassungsgesetzes sei auch noch keine Regelung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten enthalten. Mit einer Gesetzesvorlage rechnet sie im Herbst 2022.

Erneut kritisiert wurde von Becker in dem Gespräch, dass Beförderungen nach wie vor bis zur Verabschiedung des Haushalts ausgesetzt werden, auch wenn die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sich auf freie Stellen beworben haben, ausgewählt wurden und ihre Probezeit abgeleistet haben. Hier sei eine Ausnahmeregelung per Haushaltsrundschriften überfällig.



Jana Borkamp

Handlungsbedarf bei Fortbildung

Handlungsbedarf bestehe, so Becker, auch bei der Fortbildung von Führungskräften. Insbesondere wenn diese in Beteiligungsverfahren involviert seien, wären solide Kenntnisse im Personalvertretungs-, Landesgleichstellungs- und auch Schwerbehindertenrecht unerlässlich. Schulungen müssten vorhandene Defizite auf diesen Rechtsgebieten dringend abbauen, damit die Zusammenarbeit zwischen Behörde und Beschäftigtenvertretungen reibungsloser ablaufen kann.



Barbro Dreher

Auch die weiterhin überaus missliche Lage bei der Beihilfestelle wurde von Becker thematisiert. Staatssekretärin Borkamp bemüht sich hier um schnellstmögliche, spürbare Verbesserungen und steht in intensivem Kontakt mit dem Landesverwaltungsamt, dem ITDZ und der Innenverwaltung.

Insgesamt verlief der Meinungsaustausch außerordentlich konstruktiv und in sehr angenehmer Atmosphäre.

Fahrplan zur Lehrerverbeamtung steht!

Die Verbeamtung der Lehrer in Berlin nimmt weiter Fahrt auf. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollen bereits im Juni neu eingestellte Lehrkräfte, sofern sie die laufbahnrechtlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllen, bei ihrer Einstellung verbeamtet werden. Bestandskräfte werden sich dagegen noch länger gedulden müssen.

Erst nach der Verabschiedung eines entsprechenden Artikelgesetzes, mit der frühestens zum Jahresende gerechnet wird, werden nämlich auch bei den Bestandskräften die laufbahnrechtlichen und gesundheitlichen Voraussetzungen für eine Verbeamtung überprüft. Abgeschlossen sein wird der Verbeamtungsprozess voraussichtlich sogar erst Ende 2026.

Nach derzeitigen Schätzungen der Senatsbildungsverwaltung könnten ca. 15.000 bis 16.000 Bestandslehrkräfte ein Angebot zur Verbeamtung erhalten. Allerdings müsste dazu die Altersgrenze temporär auf 52 Jahre angehoben werden, wofür gegenwärtig die rechtlichen Voraussetzungen geprüft werden. Das Ergebnis sollte voraussichtlich schon Ende Mai 2022 im Entwurf eines Artikelgesetzes seinen Niederschlag finden.

Für die schätzungsweise 5.000 bis 7.000 Lehrkräfte, die die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Verbeamtung nicht erfüllen, wird ein Nachteils-

ausgleich im tarifrechtlichen Rahmen der TdL geprüft.

Straffer Gesetzgebungszeitplan

Wenn der Gesetzentwurf eines Artikelgesetzes Ende Mai vorliegt (bei Redaktionsschluss noch nicht der Fall), sollen die Beteiligungsverfahren im Laufe des Sommers zügig abgewickelt werden. Parallel wird der Entwurf dem Abgeordnetenhaus und dem Land Brandenburg zur freiwilligen Stellungnahme zugeleitet.

Im November wird sowohl der Senatsbeschluss über das Gesetz als auch die Anhörungen im Bildungs- und Rechtsausschuss sowie die 1. Lesung im Abgeordnetenhaus angestrebt. Die 2. und abschließende Lesung im Parlament könnte dann im Dezember und die Verkündung und Ausfertigung des Gesetzes zum Jahresende 2022 bzw. Jahresbeginn 2023 stattfinden. ■

Lehrerverbeamtung

HUK Coburg informiert über wichtige Versicherungsfragen

Lehrerinnen und Lehrer sollen in Berlin nach 20 Jahren endlich wieder, wie in allen anderen Bundesländern auch, die Beamtenlaufbahn einschlagen können. Für den Partner des dbb berlin, die HUK COBURG, Grund genug, schon jetzt über die spezielle Versicherungssituation beamteter Lehrkräfte und ihrer Familien zu informieren.

Denn die sozialrechtliche Situation verändert sich grundlegend bei einem Wechsel von einem Angestellten- in ein Beamtenverhältnis. Und das nicht nur für die Beschäftigten selbst, sondern auch für ihre Familien.

Das gilt insbesondere für die Alters- und Gesundheitsversorgung, der unterschiedliche Systeme zugrunde liegen. Speziell in der Gesundheitsversorgung entsteht bei einem Wechsel in den Beamtenstatus die einmalige Chance, Mitglied in der leistungsstarken privaten Krankenversicherung mit ihren vielen Vorteilen für die Versicherten zu werden.

Als größter Beamtenversicherer Deutschlands informiert die HUK-COBURG nicht nur darüber, wie sich das

im konkreten Einzelfall auswirkt, sondern auch über alle anderen relevanten Fragen einer maßgeschneiderte Absicherung. Auf Wunsch werden natürlich auch gern die leistungsstarken Angebote der HUK COBURG speziell für verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer vorgestellt. Denn dieser Berufsgruppe, die zu den Mitbegründern der Selbsthilfeorganisation des öffentlichen Dienstes zählt, fühlt sich das Unternehmen besonders verpflichtet.

Spezielle Infoveranstaltungen sind geplant. Wer individuell beraten werden möchte, kann ein Gespräch mit einem Beamtenspezialisten der HUK COBURG vereinbaren unter: huk.de/verbeamtung. ■

Hinzuverdienstgrenze wird erhöht!

Versorgungsempfänger des Landes Berlin sollen künftig 525 Euro hinzuverdienen können. Diese Anhebung des zulässigen Betrages auf Bundesniveau sieht ein gemeinsamer Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus vor. Bisher liegt die Hinzuverdienstgrenze bei 325 Euro. Die Neuregelung soll allen Ruhehaltsempfängerinnen und -empfängern zugutekommen, die wegen Erreichens der Regelaltersrente, einer besonderen Altersgrenze oder wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand getreten sind.

Darüber hinaus soll eine temporäre Ausnahme-regelung Einkommen, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingshilfe stehen, komplett von der Anrechnung auf die Versorgungsbezüge freistellen. Die bis Ende 2023 befristete Regelung zielt darauf ab, den zusätzlichen Personalbedarf infolge der enormen Fluchtbewegung aus der Ukraine zu entschärfen.

dbb Landeschef Frank Becker hat den Gesetzentwurf nachdrücklich begrüßt. ■

Versorgungsempfänger

Vor Rückforderungen wird gewarnt!

Eine böse Überraschung erleben Versorgungsempfänger, denen eine Rückzahlungsforderung überzahlter Bezüge vom Landesverwaltungsamt ins Haus flattert. Der Seniorenvertreter des dbb berlin, Holger Schulz, rät deshalb allen Empfängerinnen und Empfängern von Versorgungsbezügen zu erhöhter Wachsamkeit.

So gab es beispielsweise in der Vergangenheit nicht wenige Fälle von Überzahlung im Dezember, weil eine höhere Sonderzahlung nach Besoldungsgruppe A 9 an ehemalige Bedienstete geleistet worden war, die nach Besoldungsgruppe A 10 ihren Ruhestand antraten.

„Meine Bitte“, so Holger Schulz, „Augen auf und unbedingt den Versorgungsnachweis genau prüfen! Im Zweifel mit dem Sachbearbeiter im LVwA in Verbindung setzen!“

Überzahlung droht aber auch, wenn Versorgungsberechtigte zusätzlich eine Rente erhalten! Denn die Versorgungsbezüge werden um den Betrag gekürzt,

um den sie zusammen mit der anrechenbaren Rente nach § 55 Abs. 2 BeamtVG Berlin die Höchstgrenze von 71,75 Prozent übersteigen.

Deshalb besteht auch die Verpflichtung, Änderungen in den persönlichen und sonstigen Verhältnissen, die für die Festsetzung, Regelung und Zahlung der Bezüge maßgebend sind, sofort und unaufgefordert dem LVwA Berlin unter Beifügung entsprechender Belege anzuzeigen.

„Deshalb meine Bitte“, so Holger Schulz, „nicht versäumen, jede Rentenerhöhung dem LVwA Berlin zu melden!! Ein mehrjähriges Versäumnis könnte zu einer gepfefferten Nachzahlung führen!“ ■

Gewerkschaftstag des BSBD Berlin

Zukunft des Justizvollzugs sichern!

Der BSBD Berlin sorgt sich um die Zukunft des Justizvollzugs in Berlin und hat in einer EntschlieÙung seines Landesgewerkschaftstags am 18. Mai 2022 sehr deutlich seine Erwartungen an Justizsenatorin Lena Kreck präzisiert. Vor dem Hintergrund wachsender Gewaltbereitschaft unter den Inhaftierten und gravierender personeller Engpässe sei die Senatorin gefordert, sich für den Justizvollzug und seine Beschäftigten starkmachen.



Das starke neu gewählte BSBD-Team: Thomas Goiny, Markus Thiede, Silke Jonas, Holger Oesten und Rene Gottschalk (von links)

Umso mehr wird in der EntschlieÙung bedauert, dass seit Amtsantritt von Kreck weder Gewerkschaften noch Personalvertretungen Gelegenheit hatten, in gemeinsamen Gesprächen nach Lösungen für die drängenden Probleme des Justizvollzugs zu suchen. Vielmehr sei der Eindruck von Desinteresse an den Arbeitsbedingungen und den sonstigen Verhältnissen im Strafvollzug entstanden.

Der Landesgewerkschaftstag, der in der neuen Landesgeschäftsstelle der Debeka in Schöneberg stattfand, bestätigte den Landesvorsitzenden Thomas Goiny (JVA Tegel), mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt. Als weitere Mitglieder der Landesleitung wurden Silke Jonas (JVA Mobit), Holger Oesten (Jugendstrafanstalt), Rene Gottschalk (JVA Heideering) und Markus Thiede (JVA Moabit) gewählt.

Wichtige Zukunftsaufgaben

Schon vor seiner Wiederwahl hatte Goiny bei der öffentlichen Veranstaltung des Landesgewerkschaftstages die wichtigsten Zukunftsaufgaben des BSBD Berlin benannt, nämlich

- > weitere Mitgliedergewinnung,
- > Stärkung der Betriebsgruppen vor Ort,

- > Verbesserung des Informationsangebotes auch über die sozialen Medien,
- > Stärkung der Jugendarbeit.

Zum Auftakt der öffentlichen Veranstaltung hatte Heinz-Jörg Schmidt als Debeka-Gastgeber den Delegierten einen guten Verlauf der Veranstaltung gewünscht.

Mit einem aktuellen Lagebericht informierte anschließend der Chef des dbb berlin, Frank Becker, die Delegierten über die Situation im Berliner Landesdienst. Becker kritisierte unter anderem, dass der Senat weiterhin den Beamtinnen und Beamten eine verfassungsgemäÙe Besoldung verwehrt. Darüber hinaus stellte er klar, dass mit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Landesbeamtinnen und -beamten eine Besoldung auf Bundesniveau einhergehen müsse.

Thomas Goiny und seinem Team dankte er für die stets gute Zusammenarbeit mit dem dbb berlin.

In einem schriftlichen Grußwort hatte auch der BSBD-Bundesvorsitzende René Müller dem Berliner Landesverband unter Thomas Goiny eine hervorragende Arbeit bescheinigt und Berlin als wichtigen Partner in der BSBD-Familie bezeichnet, nicht zuletzt wegen seiner Nähe zu Bundesbehörden und zur Bundespolitik. ■

Erfolgreiche Klage der DPoIG

Urlaubsanspruch wird nicht angetastet

Das Landesarbeitsgericht Berlin hat mit Urteil vom 4. Mai 2022 – SA 1135/21 – entschieden, dass Freischichten zu keiner Schmälerung der Urlaubstage führen dürfen.

Bei dem im Auftrag der DPoIG Berlin geführten Verfahren hatte eine im Wechselschichtdienst mit 38,5 Stunden in der Woche arbeitende Tarifbeschäftigte dagegen geklagt, dass ihr Arbeitgeber ihre Arbeitstage um gewährte Freischichten reduzieren wollte. Entsprechend hätte sich dadurch auch der Urlaubsanspruch reduziert.

Die DPoIG Berlin geht davon aus, dass dieses Urteil eine große Bedeutung für viele ihrer Mitglieder im Referat Gefangenenwesen haben kann, dem auch die Klägerin angehört. Möglicherweise muss sogar die Zahl der Urlaubstage in dem Bereich erhöht werden. Die Urteilsgründe liegen allerdings noch nicht vor.

In die HJAV gewählt

Sandra Heisig ist am 23. Mai 2022 in die Haupt- Jugend- und Auszubildendenvertretung gewählt worden.

Zu den ersten Gratulanten zählte dbb Landes-

chef Frank Becker, der ihr für diese Arbeit alles Gute wünschte und die Unterstützung des dbb berlin zusagte.



Björn Friese

Berliner Spezialist für Spezialeffekte

Wenn es in Filmen regnet, stürmt oder schneit, wenn Schüsse fallen, Blut fließt und oder gar ganze Autos explodieren, dann hat in Berlin vermutlich Björn Friese die Hand im Spiel. Denn er ist einer der wenigen Anbieter sogenannter Special Effects in Deutschland und übt damit ein Metier aus, für das es keinen offiziellen Lehrplan gibt.

Insofern konnte Björn Friese sein Berufsziel auch nicht gradlinig ansteuern, sondern nur auf einem Umweg erreichen. „Angefangen hat meine Beschäftigung beim Film vor gut 30 Jahren mit der Fertigung von Spezial-Make-ups für Studentenfische“, erinnert sich Friese im Gespräch mit dem hauptstadt magazin. Schnell wurde dabei klar, dass da, wo Theaterwunden klaffen sollen, auch schnell der Wunsch nach künstlichen Blutlachen und Pulverdampf entsteht. Kein Problem für Björn Friese, der sich kurzerhand in die dazu notwendigen Kenntnisse eingeleitet und entsprechende Lehrgänge besucht hat und fortan so überzeugende Effekte lieferte, dass viele Berliner Filmproduzenten recht schnell auf den ideenreichen Autodidakten aufmerksam wurden. 1999 hatte sich die Auftragslage bereits so verbessert, dass Friese ein Gewerbe anmelden und mit einem Kleinkredit für Unternehmensgründer wichtige Investitionen, zum Beispiel in Wind- oder Nebelmaschinen, tätigen konnte.

Enge Zusammenarbeit mit Behörden

Für den Umgang mit Pyrotechnik und Waffen brauchte es eine Vielzahl von Genehmigungen unterschiedlicher Behörden, wobei die Berliner Polizei aus Sicherheitsgründen zunächst recht hohe Hürden dafür aufgebaut hatte. Mit detaillierten Antragsbegründungen, Lehrgangsbescheinigungen und Empfehlungsschreiben von Frieses Kunden aus der Filmbranche wurden aber schließlich alle für ein auf Spezialeffekte und Pyrotechnik gerichtetes Unternehmen notwendigen Lizenzen gewährt. Mit dem Landesamt für Arbeits- und Unfallschutz, bei dem er nach wie vor jede Verwendung von Sprengstoff genehmigen lassen muss, arbeitet Björn Friese ständig sehr gut zusammen.



© Björn Friese

Planskizze für den Sonderauftrag ...

Detaillierte Absprachen

Und ohne Sprengstoff geht es nicht in dem Metier. Anders lässt sich beispielsweise eine Verwundung bei einem Schusswechsel nicht glaubhaft imitieren. Schon für die Schießerei selbst muss zwischen Produzent und Friese sehr klar abgesprochen werden, welche Schusswaffe mit welchem Mündungsfeuer Verwendung finden soll. Soll auch eine Verwundung auf der Leinwand oder dem Bildschirm sichtbar werden, sind zusätzlich sehr genaue Angaben über die vorgesehene Einschussstelle notwendig, damit das Kostüm des „angeschossenen“ Protagonisten mit einem winzigen Sprengsatz präpariert werden kann. Der wird dann bei dem Revolverschuss ausgelöst und sorgt dafür, dass aus einem ebenfalls im Kostüm angebrachten Beutel jede Menge Theaterblut fließt.

Dieses sehr realitätsnahe Verfahren, merkt Friese an, werde in der Regel auch von den Schauspielern selbst dem nachträglichen Einbau digitaler Effekte vorgezogen. Für sie wird das situationsgerechte Rollenspiel offenbar auf diese Weise wesentlich erleichtert.

Hoher Aufwand

Der Aufwand, der für die Spezialeffekte zu leisten ist, sollte nicht unterschätzt werden. Wird beispielsweise Starkregen verlangt, sind sogar ein 30 Meter hoher Kran und ein Feuerwehrgewagen, der Wasser auf diese enorme Höhe pumpen kann, vonnöten. Über eine mit Sprühköpfen versehene Leiste am Kran fallen die Wassertropfen aus großer Höhe und spritzen so am Erdboden kräftig auf. Schwenks am Kranarm sorgen dabei für die richtige Position des Regengusses zur Kamera.

Regen, ob stark oder schwach, Nebel, Windstöße, Pistolenschüsse und Pulverdampf sind Anforderungen, die wiederholt an Friese gestellt werden, seine ganze Kreativität verlangen ihm aber besondere Einzelaufträge ab, für die es keinerlei Prototypen gibt.

Flammendes Logo

So ist eine Likörbrennerei vor längerer Zeit mit einem ganz besonderen Wunsch an den Spezialeffekte-Fachmann herantreten: Das mittlerweile historische Logo des Kräuterlikörs sollte brennen wie ein Fanal, aber natürlich nichts an seiner Kennlichkeit verlieren. Kein leichtes Unterfangen, wollte man nicht riskieren, die Konturen des Logos in den Flammen zu verlieren.

Die Lösung, die Friese entwickelte, lag schließlich in einem Röhren-Metallring von nicht weniger als zehn Metern Durchmesser, der das Logo umspannte und in seinem Innern strahlenförmig die Konturen des Logos abbildete (siehe Bild „Planzeichnung ...“). An allen Metallteilen waren kleine Öffnungen angebracht, durch die in das Röhrensystem eingeleitetes Gas entflammt werden konnte. Feinste Metalltechnik paarte sich hier mit Kunst, denn der „brennende Hirsch“ ist keineswegs gleich stark an allen Stellen illuminiert, sondern genau so, dass ein flammendes Gemälde entsteht.

Requisiten wie der Metallring gehen auf Ideen von Björn Friese zurück, selbst hergestellt werden sie von ihm nicht.

Hilfe im B.L.O.

In Fall des Logos, das in nur 20 Tagen fertiggestellt werden sollte, erwies es sich als besonderes Glück, dass der mit aller Art Handwerkern und Künstlern hervorragend vernetzte Björn Friese auf einen benachbarten Schmied zurückgreifen konnte, der bereit war, notfalls Tag und Nacht zu arbeiten, um den besonderen Auftrag sauber auszuführen.

Benachbart heißt in diesem Fall in den B.L.O. Ateliers im stillgelegten Bahnbetriebsgelände in Rummelsburg, wo eine höchst interessante Gemeinschaft von Künstlerinnen und Künstlern, Handwerkerinnen und Handwerkern Produktionsstätten gefunden hat. Originalität, Vielseitigkeit und Einzigartigkeit dieses Zusammenschlusses von rund 100 in den unterschiedlichsten Sparten schaffenden Kreativen sind auch Grund genug für das hauptstadt magazin, den B.L.O.-Ateliers in der nächsten Ausgabe einen eigenen Bericht zu widmen.

Mehr über Björn Friese, insbesondere ein Überblick in Wort und Bild über die bemerkenswerte Anzahl von Produktionen, an denen er mitgewirkt hat, unter: <https://bfx.de/>

... und das fertiggestellte Logo.





Flying Steps Academy

Ein Diplom für Streetdancer

Wenn Berlin Deutschlands unangefochtene Hochburg des Streetdance ist, dann ist das in erster Linie das Verdienst der Flying Steps und ihres Gründers Vartan Bassil. Gleich vier Weltmeistertitel holte die aus 30 Spitzentänzern bestehende internationale Truppe nach Berlin. Längst geht es den Initiatoren aber nicht mehr allein um Bühnen- und Wettbewerbserfolge, die 2007 gegründete Flying Steps Academy zielt vielmehr darauf ab, den jungen Tanzstil auch in der Breite zu etablieren. Aktuellstes Anliegen der Flying Steps Academy aber ist es, ihren Ausnahmekünstlern die Anerkennung und Förderung zu verschaffen, die sie verdienen.

„Tänzerinnen und Tänzer von Weltklasse“, führt Vartan Bassil, künstlerischer Leiter der Flying Steps, gegenüber dem hauptstadt magazin an, „stehen am Ende ihrer Bühnenkarriere oft nach jahrelangen Höchstleistungen auf dem Tanzparkett ohne gesichertes Einkommen da.“ Für Vartan Bassil und den Geschäftsführer der Flying Steps, Stefan Lechermann, ein unhaltbarer Zustand und Grund genug, Abhilfe zu schaffen: Jahrelang haben sie mithilfe ihres Kompetenzteams, bestehend aus dem Direktor des Programms, Gunnar Laatsch, und dem Head of Studies Adrian Navarro einen sechssemestrigen Studiengang mit Diplomabschluss konzipiert, der den Absolventen beispielsweise als Profitänzer,

Choreografen oder Dozenten eine sichere Einkommensperspektive bietet. Auf dem Lehrplan stehen deshalb neben Bühnentanz und Choreografie auch Pädagogik, Rhetorik und Didaktik.

Neuer Ausbildungsgang

Im vergangenen Jahr war es so weit: Die ersten zehn Studentinnen und Studenten haben nach bestandener Aufnahmeprüfung und einem positiven Gesundheitscheck die außerordentlich intensive Ausbildung aufgenommen. Trainingseinheiten und Unterricht stehen ganztags von Montag bis Samstag auf dem Stundenplan.

Für ihr berechtigtes Anliegen und den sorgfältig ausgetüftelten Lehrplan für das Tanzstudium hatte die Flying Steps Academy vor dem Start des Ausbildungsprogramms natürlich auch die Zustimmung des Berliner Senats eingeholt, der auch die nötigen Fördermittel bewilligte.

Förderung darf nicht gestrichen werden

Alles schien in trockenen Tüchern – bis bei den aktuellen Haushaltsberatungen wohl mehr oder weniger nach dem Gießkannenprinzip Fördermittel ausgerechnet für weniger etablierte Künstlergruppen gestrichen werden sollten. Das hätte, so Bassil und Lechermann, für die Academy einen verhängnisvollen *circulus vitiosus* in Gang gesetzt. Denn ohne Fördermittel keine Fortsetzung des Studiums und ohne mindestens zweijährige Laufzeit der Ausbildung wiederum keine offizielle Anerkennung des Abschlusses. Geprellt wären zehn Studierende, die Academy und auch die Initiatoren des Ganzen, Laatsch und Navarro, die ein in Europa einmaliges Konzept entwickelt haben.

Beide haben sich bedingungslos der Tanzkunst als Lebensaufgabe verschrieben und sind besessen von ihrer Mission, dem Streetdance den Weg ins anerkannte und geförderte Kulturschaffen zu ebnen.

Vartan Bassil etwa, selbst mehrfacher Weltmeister im Breakdance und Gründer der Flying Steps, musste sich als Jugendlicher noch selbst die einschlägigen Moves des sehr damals neuartigen Streetdance nach Filmen und Bildern aus Amerika zu Hause vor dem Spiegel beibringen. Nach dem Ende der eigenen Bühnenkarriere ist er deshalb umso entschlossener, sein Know-how an die nächste Generation weiterzugeben und ihr einen festen Platz im Berliner Kulturleben zu sichern.

Flying-Steps-Gründer Vartan Bassil



Größte Tanzschule Deutschlands

Stefan Lechermann, der ebenfalls selbst als Tänzer auf der Bühne stand, verweist noch auf eine andere Zielsetzung der 2007 gegründeten Flying Steps Academy, nämlich die modernen Tanzstile, wie Hip-Hop, Popping, Breaking oder auch Freestyle, allen, die Freude an Tanz und Bewegung haben, zugänglich zu machen. Damit ist man in Kreuzberg auf dem besten Weg: Die Academy ist mittlerweile die größte urbane Tanzschule Deutschlands. In ihren Trainingsräumen in der Lobeckstraße 30–35 finden Kurse für alle Altersklassen und vom Anfänger bis zum weit fortgeschrittenen Level statt und erfreuen sich außerordentlicher Beliebtheit. Nach der Coronapause absolvieren wieder wöchentlich rund 1.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hier ihr Training unter der Anleitung ausgewählter Dozenten.

„Wir können uns auch vorstellen, dass Hip-Hop et cetera künftig an Schulen unterrichtet wird“, zeigt Lechermann mögliche Zukunftsperspektiven auf. Und das nicht ohne Grund: „Die Bewegungsabläufe beim Tanzen aktivieren erwiesenermaßen die Gehirnzellen“, zitiert er eine wissenschaftliche Studie. Ganz abgesehen davon seien jugendliche Computereeks vermutlich sehr viel eher mit Streetdance vom Bildschirm wegzulocken als mit herkömmlichen Turn- und Gymnastikübungen.

Während Vartan Bassil die künstlerische Oberhoheit über alles, was unter Flying Steps firmiert, hat, hält Lechermann zusammen mit Timm Benjamin Zolpys, dem dritten Geschäftsführer der Flying Steps, die Verwaltung im weitesten Sinne im Griff. Er pflegt die politischen, wirtschaftlichen und Verwaltungskontakte. Über ihn laufen alle Booking- und Kooperationsanfragen, individuelle Inszenierungen und Showentwicklungen.

Zukunftsvisionen

Bassil wie Lechermann sind Visionäre, die gar nicht daran denken, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Als nächster Schritt zum Ausbau der Streetdance-Hochburg Berlin schwebt beiden schon ein eigenes Theater vor. Denn noch treten die Flying Steps als Gäste in anderen Häusern auf.

Das nächste Mal übrigens am 1. Oktober in Berlin mit der gefeierten Produktion „Flying Bach“: Karten sind schon jetzt erhältlich unter: <https://www.eventim.de/artist/flying-steps/>.

Mehr Infos zur Academy und den Flying Steps: <https://flying-steps.academy/> <https://flyingsteps.com/>

über etwas	einer Axt ähnliches Spaltwerkzeug	↓	Monatsname, Hornung	etwas nach oben bewegen	↓	mit Paddeln gefahrenes Sportboot	↓	männliches Borstentier	↓	Sammlung von Schriftstücken	↓	Arbeitsgruppe; Mannschaft	↓	formbare Masse zum Spielen	↓	nicht außen	Übriggebliebenes				
↓	↓			↓	1			Bewohner e. österr. Bundeslandes	↓						5						
glätten, planieren		2				besonders; außerdem	↓					Feldertrag									
blühende Pflanze			Last	↓					4	Verhältniswort			Berichterstatter			Strudelwirkung					
↓				7	<p>Unsere Gewinner Mit der ganzen Familie die Frühlingsblütenpracht im Botanischen Garten bewundern können: Constanze Goppold, 10319 Berlin Ulrich Barkow, 13599 Berlin Das Lösungswort war „Hortensie“.</p>																
Nähmaterial	Südf Frucht		lediglich														nicht heiter; seriös		böse, schlimm		manche; nicht wenige
↓																	Hotelboy				
Ausflug, Reise	Tierpflege																		Wüsteninsel		Gewürz-, Heilpflanze
↓					Sorte, Gattung	↓	Würde, Ansehen	↓	Ansprache, Vortrag	↓	Viehhüter	↓	Körperteil; ugs.: Stimme		8						
große amerik. Raubkatze			munter, nicht schlafend	↓					arabisches Fürstentum	↓						chem. Zeichen für Nickel					
↓						Funkortung	↓			6			wunschlos zufrieden								
Abkürzung für Sekunde			Schantisch	↓							Zierpflanze					3					

PREISRÄTSEL

Am Streetdance schnuppern ...

... können zwei Gewinnerinnen oder Gewinner unseres Preisrätsels, für die die Flying Steps Academy je eine Probestunde ausgelobt hat. Wer coole Moves liebt und gern einmal einen Blick in die Academy werfen möchte, sollte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen und das Lösungswort bis 15. Juni schicken an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Der Gewinn wird unter den richtigen Einsendungen ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Flying Steps

Kein Platz für Rechtsextremisten!

Die Berliner Innensenatorin Iris Spranger hat den 2. Lagebericht über Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ zum Anlass genommen, ihre Entschlossenheit bei der Abwehr staatsfeindlicher Tendenzen im öffentlichen Dienst zu bekräftigen. „Ich dulde keine Rechtsextremisten in Berliner Sicherheitsbehörden. Sie bringen die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, der Feuerwehr und des Verfassungsschutzes, die jeden Tag für Recht und Gesetz eintreten, in Misskredit und untergraben das Vertrauen in die Behörden.“

Mit aller Entschlossenheit werde deshalb gegen jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in den Berliner Sicherheitsbehörden vorgegangen.

Der am 13. Mai vom Bundesamt für Verfassungsschutz vorgelegte Bericht hatte bei insgesamt 860 Bediensteten der Bundes- und Landessicherheitsbehörden mögliche rechtsextremistische Aktivitäten ausgewiesen, davon 74 mit 93 betroffenen Personen in Berlin. Bei insgesamt circa 26.700 Beschäftigten der Polizei Berlin und des Verfassungsschutzes entspricht dies einem Anteil von 0,35 Prozent. Den meisten Fällen lag der Vorwurf politisch motivierter Beleidigungen zugrunde. Jeder einzelne Fall wurde von der Polizei Berlin unter straf- und arbeits- oder disziplinarrechtlichen Gesichtspunkten untersucht und bewertet.

Schon im Jahr 2020 hatte die Senatsverwaltung mit einem „11-Punkte-Plan“ auf extremistische Verdachtsfälle innerhalb der Polizei reagiert. So wurden unter anderem bei der Berliner Polizei, der Berliner

Feuerwehr und in der Senatsverwaltung selbst Extremismusbeauftragte benannt. Darüber hinaus befasst sich bei der Berliner Polizei eine eigene Ermittlungsgruppe mit extremistischen Verdachtsfällen in den eigenen Reihen. Der Berliner Verfassungsschutz und das LKA haben außerdem seit März 2020 ein gesondertes Melde- und Auskunftsverfahren zu rechtsextremistischen Verdachtsfällen in Sicherheitsbehörden etabliert. Dasselbe Verfahren wurde zwischen dem Berliner Verfassungsschutz und der Berliner Feuerwehr verabredet.

Mit der Innensenatorin einig über eine entschiedene Abwehr von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst ist sich dbb Landeschef Frank Becker: „Auch für den dbb beamtenbund und tarifunion berlin gilt: Rechtsextremisten – Extremisten überhaupt – haben in der Berliner Verwaltung nichts zu suchen. Diese Extremisten müssen schnellstens erkannt und aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden. Solche Menschen verspielen ganz schnell das Vertrauen in die Verwaltung beziehungsweise in den Staat.“ ■

Parkgebühren

Ausnahmeregelungen beschlossen

Schichtdienstleistende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst können aufatmen: Die Senatsverwaltungen für Mobilität und Inneres haben sich auf Ausnahmeregelungen bei den Parkgebühren geeinigt. Für den Gebührenerlass soll ein Nachweis der Wechselschicht- oder Erschwerniszulage ausreichen.

Wer diese Zulagen nachweisen kann – die bei regelmäßigem Schichtdienst oder speziellem Bereitschaftsdienst im Tarif- und im Besoldungsrecht verankert sind –, soll künftig auf Antrag beim zuständigen Bezirksamt pauschal eine Gebührenbefreiung für eine bestimmte Parkzone am jeweiligen Arbeitsplatz erhalten können. Von dieser erleichterten Regelung würden Beschäftigte der Polizei, der Feuerwehr, der

Ordnungsämter und der landeseigenen Krankenhausbetriebe profitieren. Für alle anderen Schichtarbeitenden bleibt wie bisher die Möglichkeit, einen individuellen Antrag auf Parkgebührenerlass mit Nachweis der eigenen Arbeitszeiten zu stellen.

Die Bezirke würden zeitnah über das neue Verfahren informiert. ■



Sirenen- aufbau gestartet

Mit der Installation der ersten beiden Sirenen an den Feuerwachen Mitte und Charlottenburg-Nord ist Ende April das Berliner Sirenenprogramm an den Start gegangen. Insgesamt sollen künftig 400 Sirenen im gesamten Stadtgebiet die Bevölkerung in Krisenlagen warnen können. Die Sirenen sind Teil eines bundesweiten und vom Bund finanzierten Programms.

Innensenatorin Iris Spranger nannte die Sirenen einen ersten und wichtigen Schritt zum Ausbau des Bevölkerungsschutzes. Weitere Maßnahmen zur Stärkung und zeitgemäßen Ausstattung des Zivilschutzes sollen folgen.

Berlin beteiligt sich schon jetzt am Modularen Warnsystem des Bundes und kann die Bürgerinnen und Bürger über verschiedene Kanäle warnen und informieren. Dazu gehören die Verbreitung der Warnung über standortgenaue Warn-Apps wie NINA und KATWARN, Anzeigen im Stadtgebiet wie die elektronischen Werbetafeln von Wall und BVG-Displays, Warnungen über den Rundfunk und auch die gezielte Information der Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Gebieten durch Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehr vor Ort.

Landesbranddirektor Homrighausen begrüßte die Installation der Sirenen als wichtigen Bei-

trag zum Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. So wird die Warnsirene auf dem Dach des Feuerwehrdienstgebäudes Mitte in einem Bereich von etwa einem Quadratkilometer zu hören sein. Allerdings erst im kommenden Jahr, denn das Warnsystem wird erst in Betrieb genommen, wenn alle Sirenen aufgebaut sind und der Bund die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen hat, sie über das Modulare Warnsystem (MoWas) ansteuern zu können. ■



Einig gegen Homophobie

Ein Stelldichein bei einer zentralen Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) gaben sich am dem 17. Mai auf dem Wittenbergplatz dbb Landeschef Frank Becker, der stellvertretende Bundesvorsitzende der dbb jugend, Claudio Albrecht, und der Parlamentarische Staatssekretär Sven Lehmann beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Beauftragter der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (von links).

Erinnert wird an dem Gedenktag an den 17. Mai 1990, an dem die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität nicht länger als Krankheit eingestuft hat. ■

Berichtigung

Im hauptstadt magazin von Mai 2022 war in dem Artikel „Eiertanz geht weiter“ fälschlicherweise von einer Besoldungsanpassung im September die Rede. Hier hat eindeutig Wunschdenken die Feder geführt, tatsächlich sieht der entsprechende Gesetzentwurf die Übertragung des Tarifabschlusses mit der TdL auf die Berliner Beamten und Versorgungsempfänger erst ab Dezember dieses Jahres vor. ■